

Horst Müller

Karl Marx und Immanuel Wallerstein: Utopistische Analysen zu den Krisen und Alternativen des 21. Jahrhunderts

*„Glücklicherweise steht das System
vor dem Abgang. Die Frage ist:
Was kommt danach?“
Utopistik, S. 91*

Der amerikanische Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein hat mit „Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts“ eine Untersuchung über die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems und seine gegenwärtige Krise, die eröffnete historische Übergangsperiode und die Grundzüge möglicher Alternativen vorgestellt. Der Vortrag erläutert das Wissenschaftskonzept und die inhaltlichen Thesen der „Utopistik“ und diskutiert sie mit Bezug auf Marxsche Ideen und gegenwartsnahe kapitaltheoretische Analysen. Dabei erweist sich, dass traditionelle Ansätze der kritischen politisch-ökonomischen Theorie in wesentlichen Fragen der gesellschaftsgeschichtlichen Situation nicht mehr entsprechen. Es empfiehlt sich die Erneuerung des Ansatzes im Sinne einer praxistheoretisch fundierten, politisch-ökonomisch erweiterten und geschichtswissenschaftlich kundigen Utopistik.

1. Grundzüge der Weltsystemtheorie und der Ansatz der Utopistik

1.1 Umriss der Weltsystemtheorie

Immanuel Wallersteins „Utopistik“ setzt neue Akzente im Zusammenhang der zahlreichen Beiträge zur Entwicklung des kapitalistischen Systems und neoliberalen Globalisierung: Die Grundlage oder der Rahmen seines theoretischen Projekts ist eine Weltsystemtheorie. Hier wird nicht nur auf die vielfältigen Probleme und auf die Krisenhaftigkeit des dominierenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstyps verwiesen. Die wesentlich weiter reichende These lautet, dass nunmehr eine chaotische, instabile Geschichtsperiode eröffnet ist, in der sich zum ersten Mal ganz real die Möglichkeit des historischen Übergangs zu einer neuen, höheren Gesellschaftsformation eröffnet. In dieser Situation ist ein Ringen in Gang, dessen Ausgang offen ist. Es ergeht ein sozialer Auftrag an die Theorie, die möglichen zukünftigen Entwicklungswege und vor allem auch die Möglichkeit eines besseren, alternativen System zu sondieren. Der Begriff „Utopistik“ bezeichnet diese Grundorientierung. Sie hat sich aus einer Vergewisserung über die Entwicklung des kapitalistischen „Weltsystems“ und den Übergangscharakter unserer heutigen historischen Situation ergeben:

Das „moderne Weltsystem, das eine kapitalistische Weltwirtschaft ist“, hat sich, beginnend schon im 16. Jahrhundert, von Nordwesteuropa über alle Erdteile ausgebreitet. Seine Produktionsweise beruht auf der „Profit-orientierten Produktion für den Markt“, dem „Primat nicht endender Kapitalakkumulation. Es lebt von der systemisch eingeschriebenen Tendenz zu „universaler Kommodifizierung“, überbordender Akkumulation und imperialer Expansion. Es ist strukturiert durch das Verhältnis von Zentren und Peripherien, bringt ein immer neues Ringen um hegemoniale Positionen mit sich. Es ist gekennzeichnet durch Ungleichheiten und Polarisierungen, bewegt sich in Langzeitwellen der wirtschaftlichen Entwicklung, den sog. Kondratieff-Wellen. Diese wenigen Hinweise auf Elemente der Weltsystemtheorie mögen hier genügen. Entscheidend ist: Das bestehende Weltsystem bildet, nachdem der kapitalistische Weltmarkt vollendet ist, eine „integrale Gesamtheit“ (17).

Der Systemtheoretiker und Geschichtsforscher Wallerstein ist der Ansicht, dass die staatlichen Organisationsformen und politischen Regimes der kapitalistischen Ära untrennbar mit der ökonomischen Grundorganisation verflochten sind, in der die kapitalistische Logik regiert. Auch die liberalen Zugeständnisse oder reformerische Gestaltungsmomente des Sys-

tems haben letztlich zur „Erhaltung der grundlegenden politischen Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft“ beigetragen (27 f.).

In diesem Überblick zeigt sich, dass der grundlegende Entwurf der Weltsystemtheorie intensiv mit der Marxschen Tendenzanalyse korrespondiert, dass die kapitalistische Entwicklung zu einer „Universalität des Verkehrs“ und zur Verwirklichung des „Weltmarkts“ führen muss. In den maßgeblichen Gliederungsentwürfen der fragmentarischen Marxschen Kapitaltheorie bildet „der Weltmarkt den Abschluss .. worin .. alle Widersprüche zum Prozess kommen ... Die Krisen sind dann das allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung, und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“. Tatsächlich können die Phänomene der heute sehr unscharf so genannten „Globalisierung“ im Rahmen dieser historischen Perspektive gedeutet werden. Auf den ersten Blick scheint allerdings eine Differenz zwischen Marx und Wallerstein darin zu bestehen, dass der Übergang zu einer „neuen geschichtlichen Gestalt“ jetzt nicht im engeren Sinne krisen- und revolutionstheoretisch gefasst wird, sondern als vielschichtige und langerstreckte Systemtransformation.

1.2 Historische Ortsbestimmung der Übergangsperiode

Im Zusammenhang der systemischen gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklungen sieht Wallerstein Lohnarbeit und Klassenkampf nicht als das bestimmende oder zentrale Geschehen an. Klassen werden nach Wallerstein nur in besonderen Konfliktsituationen bedeutsam. Er operiert stattdessen mit „Behauptungen hinsichtlich der Struktur von Systemen“: „Sie werden geboren, leben ein langes Leben, folgen dabei einigen Regeln, geraten schließlich in eine Krise, stehen an einem Scheideweg und verändern sich zu etwas anderem.“ (101). Dieser system-theoretische Ansatz erscheint nicht unvereinbar mit der historisch-materialistischen Annahme von in einander übergehenden „Entwicklungsstufen“, einer Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Praxisformierungen. In dieser theoretischen Tradition ist der Zentralbegriff für gesellschaftliche Wirklichkeit nicht „System“, sondern „Produktionsweise“, „gesellschaftliche Praxis“ oder historische „Gesellschaftsform“. Was die Grundannahmen zur historischen Prozessualität angeht, konvergieren jedoch beide Ansätze.

Dabei begreift Wallersteins den gegenwärtigen historischen Prozess als Übergang, als eine Entscheidungssituation mit nicht determiniertem Ausgang - „das Ergebnis aus einer chaotischen Situation mit systemischer Weichenstellung kann nicht vorhergesagt werden“. Das System entfernt sich weit von seinem Gleichgewichtszustand, so dass „geringe Fluktuationen eine große Wirkung“ haben können. Dies führt zu der Behauptung: „In Zeiten des Übergangs und der Krise wird der Faktor des freien Willens zentral“, die Situation ist „besonders offen für den Input von Einzelnen und von Gruppen. Sicher erscheint letztlich nur, dass die Herausbildung „neue(r) Ordnungszustände“ unvermeidlich ist, denn: „Von komplexen Systemen wissen wir, dass sie sich selbst organisieren und immer wieder neue Formeln erfinden, neue Lösungen für existierende Probleme“. (73, 74, 94, 101)

Meiner Ansicht nach kann dieses Konzept eines „Übergangs“ mit Bezugnahme auf Marxsche geschichtstheoretische Thesen, von der „Deutschen Ideologie“ bis zu der Manuskriptsammlung der „Grundrisse“, theoretisch vertieft und verstärkt werden. In beiden Fällen geht es um einander ablösende „Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“. Marx fügt im berühmten „Vorwort“ seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ von 1859 noch etwas Wichtiges hinzu: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann ..“. Das meint allerdings weit mehr als das Hineingleiten des Gesellschaftssystems in einen chaotischen Zustand mit ungewissem Ausgang.

In anderen Passagen spricht Marx von der Tendenz des Kapitals zur „universellen Entwicklung der Produktivkräfte“, die zur „Auflösung“ seiner „bornierten Produktionsform“ treibt und

bedingt, „dass es als bloßer Übergangspunkt gesetzt ist“. Oder „Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse – und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet. Erscheinen einerseits die vorbürgerlichen Phasen als nur historische, i.e. aufgehobne Voraussetzungen, so die jetzigen Bedingungen der Produktion als sich selbst aufhebende und daher als historische Voraussetzungen für einen neuen Gesellschaftszustand setzende“.

Ich zitiere diese Sätze ausführlicher, um gängigen Marxinterpretationen entgegen zu treten, die dessen grundsätzlich futurische Orientierung verkennen und nur seine negatorische Kapitalismuskritik gelten lassen wollen: So ist etwa „Foreshadowing der Zukunft“ ein großartiger Begriff, der auf den Blochschen Grundbegriff „Vorschein“ verweist. Tatsächlich stellt auch die „Kritik der politischen Ökonomie“ als solche nur eine Reflexionsdimension oder ein Teilprojekt im Zusammenhang der utopistisch orientierten Praxiswissenschaftlichkeit von Karl Marx dar.

Eine andere Unterstellung ist zurückzuweisen: In ihrer geschichtsphilosophischen und praxistheoretischen Grundstruktur mündet die Marxsche Theorie gewiss in keinen Geschichts-determinismus. Er sprach zwar von einer „gegenwärtigen Ordnung“ und der „Notwendigkeit einer anderen Ordnung“, „worin die erste unvermeidlich übergehn muss“. Das zielt aber in erster Linie auf die Bezeugung der grundsätzlichen Historizität der gegenwärtigen Sozialform. Die „andere Ordnung“ wurde von ihm niemals konkret erforscht, sondern als Wegrichtung, im Sinne einer theoretische Option, als gesellschaftliche Aufgabe anvisiert. Rosa Luxemburg, eine der besten Interpreten der Marxschen Grundideen, sprach daher von einer realen Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, oder Ernst Bloch erwog „erzmarxistisch“ sogar die Möglichkeit eines großen Umsonst, der totalen Vereitelung am Ende der Geschichte.

Im Grunde sind Marx' und Wallersteins Ansätze also in geschichtsphilosophischer oder geschichtswissenschaftlicher Hinsicht kompatibel. Dennoch weist das system-theoretische Konzept einen anderen Akzent auf: Die Phase des Übergangs erscheint eher als eine „Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration“ und jedenfalls weniger als eine Phase des bereits wachsenden, andrängenden Neuen, das sich bereits „im Schoße“ herausbildet.

Wie ist nun der „Übergang“ zu denken? Meine Schlussfolgerung kann in einem praxistheoretischen Denk-Bild veranschaulicht werden: Die Übergangsperiode umfasst die Schnittmenge zweier Praxisformationen, bildlich zweier sich überschneidender flacher Ellipsen. Diese Periode ist daher eine doppelt dimensionierte, widersprüchliche Wirklichkeit, die Wirklichkeit einer Übergangsgesellschaft. Hat man früher, und zwar fälschlicherweise, vom Realsozialismus als einer Übergangsgesellschaft gesprochen, so ist es demnach heute geboten, von unserer Gesellschaft, in dem erläuterten Sinn, als einer wirklichen Übergangsgesellschaft zu sprechen. Es handelt sich also um etwas ganz anderes als eine „Totalität“ von „Kapitalismus“, oder eine „Negative Dialektik“ im Sinne von Adorno geht hier grundsätzlich fehl. Die reale historische Situation als Übergang zu denken fordert stattdessen die Rehabilitierung zentraler praxisanalytischer Kategorien wie „Dialektik“ und „Widerspruch“ heraus

1.3 Die historische, utopistische Sozialwissenschaft und das Praxiskonzept

Die Konzeption der „Übergangsgesellschaft“ bringt die Auffassung mit sich, dass bereits innerhalb der verfallenden Formbildung eine geschichtlich neue Formierung andrängt. Was sich als Möglichkeit einer höheren Zivilisation kristallisiert, muss in dieser Situation durch konkret-utopisch motivierte Analyse und Antizipation erobert werden. So können schließlich die entsprechenden Potentiale inmitten der gegenwärtig noch übergreifenden, aber geschichtlich verfallenden Praxis auch praktisch befördert werden.

So fordert die Übergangs-Situation im Grunde eine Revolution des sozialtheoretischen Paradigmas im Sinne der Wallersteinschen Historischen Sozialwissenschaft und des Praxiskon-

zepts heraus. Auf dem Feld der politischen Ökonomie bedeutet dies eine Wendung von der traditionellen Kritik zu einer diese überschreitenden Utopistik. Allerdings meint Wallerstein zurückhaltend: „Die Weltsystemanalyse ist kein Paradigma der historischen Sozialwissenschaft. Sie ist der Ruf nach einer Debatte über das Paradigma“, so in der Aufsatzsammlung „Die Sozialwissenschaft kaputtdenken“.

An dieser Stelle geht es Wallerstein also nicht um den Versuch zur „Rekonstruktion“ der philosophisch-wissenschaftlichen Denkgrundlagen. Solche Rekonstruktionsbemühungen hat es in der Geschichte des Marxismusdenkens nicht wenige gegeben. Wallersteins Ideen für eine emanzipierte Sozialwissenschaft, welche die traditionelle Separierung gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen zurückweisen und auf dem „integralen“, „holistischen“ Charakter unserer Lebenswirklichkeit insistieren, korrespondiert vor allem mit der Entwicklungslinie, die an das durch Marx in die Welt gekommene Theorie-Praxis-Konzept anknüpft. Dass Wallerstein solche theoriegeschichtliche Ressourcen nicht mobilisiert, wird vor allem an der Abwesenheit einer zentralen Blochschen Kategorie, des Schlüsselbegriffs „konkrete Utopie“ deutlich.

Was meint „Utopistik“ anderes als die in der praxisphilosophischen Denklinie - von Marx über Antonio Labriola, Herbert Marcuse bis hin zu Henri Lefebvre und Ernst Bloch - reaktivierte Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis und Konkreter Utopie? Bloch spricht von einer „Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr; all das zum Zweck der Handlung.“ Wallerstein geht es um die Weg-Ziel-Erforschung im Hinblick auf eine „alternative, glaubhaft bessere und historisch mögliche (aber alles andere als sichere) Zukunft“ (8). Es ist der spezifische Charakter unserer historischen Situation als Übergangssituation, der eine Wende zu diesem Denktyp herausfordert, der das Unzureichende sowohl einer positivierenden Forschung als auch herkömmlicher negatorischer Kritik-Modi bedingt. Hier ist auch ein Verweis auf die sogenannte Kritische Theorie als ein praxistheoretisch grundlegend unzulänglicher, geschichtlich überholter Denktyp angebracht. So trägt Wallersteins Historische Sozialwissenschaft, zur Utopistik geschärft, zur Reaktivierung und Entwicklung des mit Marx in die Welt gekommenen Praxis-Konzept bei.

1.4 Das gesellschaftliche Grundproblem und die Zielperspektive

Die Übergangssituation, die mit utopistisch erweiterten Denkmitteln zu begreifen ist, ist nicht ausdeterminiert und infolgedessen natürlich eine Entscheidungssituation. So bedarf es der Vergewisserung über eine sowohl real mögliche wie wünschenswerte Entwicklungsrichtung oder bezüglich einer alternativen Zielperspektive.

Die von Wallerstein anvisierte „Transformation“ zielt auf eine „material rationale Welt“. Damit wird auf Max Webers Unterscheidung zwischen einer formalen und einer materialen Rationalität zurückgegriffen und darauf angespielt, dass die „kapitalistische Logik“ zunehmend in Widerspruch zu sachhaltigen und menschlichen Maßstäben und Zielen steht, die einer „materialen“ Logik entsprechen (94, 99, 100).

In der praxisphilosophischen Theorietradition hat sich insbesondere Herbert Marcuse mit Max Webers Analyse des industriellen Kapitalismus und mit dessen Theorie der kapitalistischen Rationalität auseinandergesetzt. Marcuse argumentiert, dass der kapitalistischen Rationalität im Spätkapitalismus eine definitive Irrationalität innewohnt, so dass sie als „formale“ Rationalität nur unzureichend bestimmt ist. Er wirft Max Weber daher vor: „Aber dann macht die Kritik halt .. und wird zur Apologetik - schlimmer noch, zur Denunziation der möglichen Alternative : Einer qualitativ anderen geschichtlichen Rationalität“. Das zielt auf eine höhere Vernunftgestalt, ein unentfremdetes gesellschaftliches Bewusstsein oder eine neue, höhere Art von Bewusstheit. Die von Wallerstein noch so bezeichnete „formale Rationalität“ oder „kapitalistische Logik“ ist also eigentlich irrational. Diese Diskussion führt zurück auf den umfassenderen Grundbegriff der Entfremdung, die im Marxschen Sinne einem neuen, höheren Modus gesellschaftlicher Selbsterzeugung weichen soll. Von welchem Standpunkt aus

ist dieses Urteil möglich? Es ist der Standpunkt einer möglichen gesellschaftlich bewussten, solidarischen und ökologischen Selbsterzeugung. Und nichts anderes meint die kommunistische Idee von Marx.

Der höhere Modus der gesellschaftlichen Praxis muss aber auch und vor allem eine andere spezifisch ökonomische Rationalität beinhalten. Was könnte das heißen? Der Kapitalrechnung, deren anscheinend so rationaler Buchführung und Bilanzierung liegt ein ökonomisches Kalkül zugrunde, hinter dessen formalem Anschein sich eine historische Form des ökonomischen Werts und das Krebskalkül einer Verwertungsökonomie verbirgt. Äußerst wichtig ist der Gesichtspunkt, dass es sich um einen Verwertungszwang handelt, ein dieser ökonomischen Praktik inhärentes ökonomisches Kalkül. So gesehen besteht das tiefer liegende Problem nicht etwa in der Profitgier, sondern in einem systemischen Gesamtarrangement, innerhalb dessen sich alle Kapitalwirte bewegen. Die Alternative liegt entsprechend in einer anderen systemischen Figuration der ökonomischen Praxis, die praktisch-objektiv ein anderes Kalkül impliziert. An diese Fragestellung reicht etwa der Keynesianismus nicht heran und kann als solcher auch definitiv nicht die Lösung des Systemproblems darstellen.

Erst auf dem theoretischen Fundament einer in dem entwickelten Sinn konkreteren Alternative, Hand in Hand mit der Dekonstruktion liberalistischer und kapitalwirtschaftlicher Denkwelten, könnte sich eine andere gesellschaftliche Vernunft entfalten: Das überbietende Bewusstsein eines unentfremdeten, emanzipierten gesellschaftlichen Lebens, befreit vom Fetischismus der Warenproduktion, den Ideologien der Klassengesellschaft, den überholten Formen der Wirtschaftsrechnung und wirtschaftswissenschaftlichen Denkwelten, deren Konstruktionen jeder sozialen Vernunft entbehren.

Erste Zwischenbetrachtung

Die umrissene Situationsanalyse lehrt, dass wir uns sozusagen am anderen Ende der Sozialformation befinden, die zu Marx' Zeiten, im 19. Jahrhundert, in ihre erste intensive Entwicklungsphase als Industriekapitalismus eingetreten ist. Für die Periodisierung der Systementwicklung insgesamt ist die Weltkriegsepoche nicht entscheidend und spielt die Entwicklungslinie der realsozialistischen Experimente ab 1917 nur auf einem Seitenzweig, der 1989 wieder in den Mainstream des Weltsystems mündete. Ein wesentlich verändertes und relativ stabiles systemisches Arrangement stellt demgegenüber die marktwirtschaftlich-sozialstaatliche Formierung im fortgehenden 20. Jahrhunderts dar.

Die in diesem Sinne hochentwickelten, so genannten liberalen Staaten waren Wallerstein zufolge nur „in einer kleinen Ecke des Weltsystems zu finden, in wohlhabenden Gegenden und nur in jüngster Zeit“. Zudem hingen deren positive Merkmale auch von der vergangenen „realen Polarisierung innerhalb des bestehenden Weltsystems ab“. Im Hinblick auf die angestrebte System- und Transformationsanalyse würde ich dieser starken Relativierung allerdings nicht zustimmen und die sozialstaatliche Reproduktionsordnung vielmehr als eine definitiv ausgereifere Gestaltbildung des Kapitalismus verstehen und jedenfalls nicht nur als Sonderform oder Ausnahmeerscheinung.

Wie auch immer, an der Wende zum 21. Jahrhundert, haben wir wieder mit einer veränderten Gestaltbildung des Systems zu tun: Mit dem modernen, international agierenden, neoliberal zurechtgestutzten Industrie-, Sozial- und Finanzkapitalismus in der Phase der Vollendung des Weltmarkts und des Eintritts in die Übergangsperiode. Im Rückblick von hier aus können erneut Erfahrungen resümiert werden und sind theoretische Schlussfolgerungen im Hinblick auf die politische und ökonomische Form eines möglichen gesellschaftlichen Wandels möglich.

2. Historische Erfahrungen bezüglich revolutionärer Bewegungen und Ereignisse

2.1 Revolutionäre Entwicklungsschübe und die Transformationsperspektive

Eine für traditionelles linkes Denken unbequeme Konsequenz der „Utopistik“ besteht in der Verabschiedung beliebter revolutionstheoretischer Orientierungen und Datierungen. Ein Kommentator bescheinigte: „Eines ist Immanuel Wallerstein ganz gewiss nicht: ein Revolutionstheoretiker“. In weltsystemtheoretischer Sichtweise bilden die Französische Revolution von 1789, die bürgerliche Revolution von 1848, die Russische 1917 und die Volksdemokratische Revolution, etwa in China, im Grunde nur Entwicklungsmomente innerhalb der bisherigen Geschichte des modernen Weltsystems. Sie erreichten „weniger als ihre Vertreter gehofft und erwartet hatten“, trugen zur Etablierung bestimmter „säkularer Trends des Weltsystems“ bei, ohne es aber inauguriert oder transzendiert zu haben (21, 74). „Die enthusiastische Haltung, die einige für die Revolution zeigten, und die enorme Feindseligkeit, die ihnen andere entgegenbrachten, gehörten zu den Mechanismen des Systems“ (20).

Was würde Marx dazu sagen? Er hatte wohl zwei Seelen in seiner Brust: Als Vordenker einer proletarischen Bewegung bedeutete für ihn Revolution in erster Linie Ergebnis eines klassenkämpferischen politischen Kräftemessens. Dabei unterschied Marx sehr wohl zwischen einem bloßem „politischen Aufstand“, welcher nur der Teilhabe an den Privilegien und der Herrschaft gilt, und einer echten „politischen Revolution mit einer sozialen Seele“, im Zusammenhang einer gesellschaftlichen Umwälzung, die durch „organisierende Tätigkeit“ auf die Errichtung eines „wahren Gemeinwesens“ zielt.

Anders hat Marx als dialektischer Praxis- und Geschichtsdenker formuliert, dass eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor nicht alle Elemente des Neuen in ihrem Schoße ausgebrütet worden sind: Das ist die originäre geschichtsphilosophische Auffassung, innerhalb derer Revolutionen, im emphatischen Sinn des Wortes, nur in bestimmten Situationen ihre Rolle spielen. Wir können annehmen, dass das angesprochene „Ausbrüten“ Jahrzehnte dauern wird, wenn es sich nicht gar um Prozesszusammenhänge in säkularer Größenordnung handelt. Damit sind wir aber wieder bei Wallerstein mit seiner Fokussierung auf die langfristigen Trends und globalen Entwicklungen des Weltsystems. In diesem Rahmen wird von ihm beispielsweise auch die gegenwärtige Entwicklung in Lateinamerika gesehen und folgerichtig relativiert:

Es ist „Certainly not a revolution in the traditional meaning of the term. What it means is that the median point in Latin American politics, the locus of the \"center,\" has moved considerably to the left of where it was a mere decade ago... This must be put in the context of a worldwide movement... The impact of the world economic recession, soon probably to become even more severe, will no doubt push these tendencies even further.“ (Commentary 233, 2008). Ob in diesem Zusammenhang nicht vielleicht die Entwicklung in Venezuela, unter Chavez, doch eine besondere Beachtung verdient, geht daraus nicht hervor. Werfen wir jetzt aber noch einen Blick zurück in die Geschichte und fragen nach höchst bewegenden Ereignissen des zurückliegenden Jahrhunderts, nach der „Russischen Revolution“ und der „Weltrevolution von 1968“.

2.2 Beispiel: Oktoberrevolution und Sowjetsozialismus

Wallersteins grundsätzlicher Standpunkt: Die russische Revolution ereignete sich „innerhalb“ des kapitalistischen Weltsystems und ließ zwar in den politischen und ökonomischen Strukturen „relativ weite Abweichungen“ von den kapitalistischen Grundmustern erkennen (20). Aber an der Basis dieser Praxisformierung wirkte weiterhin ein „Primat des Wertgesetzes“ (19), und die darauf aufsetzenden staatswirtschaftlichen und politbürokratischen Strukturen sind wesentlich an dem Versuch zerbrochen, „auf der Grundlage einer anderen Logik Entscheidungen zu treffen“. (18 f., 33 ff.) Zu den so genannten sozialistischen Staaten heißt es unmissverständlich: Sie operierten „stets innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Weltwirtschaft“ und waren „niemals autonome Einheiten“. Sie konnten „nicht die Funktionsweise eines alternativen historischen Systems darstellen“.

Die leninistisch organisierte Oktoberrevolution kann demnach nicht als der große Achsen-drehpunkt eines Neuanfangs der Geschichte gelten, als der sie sich im 20. Jahrhundert darstellte. Während die Neue Linke des 20. Jahrhunderts noch überwiegend davon ausging, die sowjetische „Gesellschaftsformation“ habe einen ursprünglich revolutionären, sozialistischen Charakter nach und nach verloren, würde man im Sinne Wallersteins sagen müssen, dass sie von Anfang an keinen alternativen formationellen Charakter aufwies. Die noch nicht gebrochenen gravitatorischen Kräfte der warenproduzierenden Ökonomie und der hoch entwickelten kapitalwirtschaftlichen Welt holten die Staatsgebilde des sowjetsozialistischen Typs 1989 dann wieder in das Kerngebiet des Weltsystems zurück. Es ist eine Entwicklung, wie sie meines Erachtens wiederum das moderne China durchläuft. Mao Tse-Tung selbst hatte übrigens die Volksrepublik China als Übergangsgesellschaft mit den Entwicklungsalternativen eines Sozialismus oder einer kapitalistischen Restauration gedeutet.

Im Gefolge der Russischen Revolution haben sich Wallerstein zufolge auch sonst keine transzendierenden Entwicklungen ergeben. Im Westen trug die sowjetische Drohung wesentlich zur Entfaltung der keynesianischen Wohlfahrtspolitik und damit zur „Befriedung der arbeitenden Klassen“ bei, in der außereuropäischen Welt beförderte sie nationalistische Bewegungen bzw. die Entkolonialisierung, letztlich die Selbstbestimmung der weniger entwickelten Nationen als Mitspieler in einem globalen liberalistischen Systemzusammenhang (34 ff.).

Natürlich könnte man zu den historischen Klein- und Großexperimenten unter dem Banner eines „Sozialismus“ eine äußerst strittige Diskussion eröffnen. Ich beschränke mich jetzt auf die Anmerkung: Die geschichtsexperimentellen ökonomischen und politischen Realitäten des 20. Jahrhunderts, für uns insbesondere die DDR-Geschichte, geben noch einiges zu rätseln und zu lernen auf. Ich erinnere an Rudolf Bahros Anatomie des ‚real existierenden Sozialismus‘ als einer Gesellschaft auf einem „nichtkapitalistischen Weg der Industrialisierung“, Bahro zufolge im besten Fall eine „protosozialistische Gesellschaft“. In neuester Zeit wird das Thema typischerweise angesprochen wie mit dem Titel: „Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert. Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus“. Letztendlich werden wir erst vom positiven, realen Standpunkt einer wirklichen historischen Alternative aus volle Klarheit erlangen.

2.3 Beispiel: Wetterleuchten 1968 und die heutigen sozialen Bewegungen

Einen anderen Stellenwert besitzt die von Wallerstein provokativ so genannte „Weltrevolution von 1968“. Sie hatte langfristig gesehen „systemerschütternde“ Wirkungen, führte zu einer „Entmachtung des Liberalismus als eine selbstverständliche Metasprache des Weltsystems“. Danach ist eine „dreipolige ideologische Spaltung“ zu verzeichnen: Es blieben die Hauptströmungen des antiwohlfahrtsstaatlichen Neokonservatismus, sozialdemokratischen Reformismus und, abgesehen von der Neuen Linken, eine traditionelle antisystemische Linke, die in weiten Teilen der Welt ihren Rückhalt im enttäuschten Volk verlor. Diese Entwicklung, verbunden mit einem gewaltigen „Verlust von Hoffnung“, kulminierte in der „Destruktion der Kommunismen“ in Europa und der früheren Sowjetunion. (37, 38, 40).

In der Tat hat sich in der weltweiten „Periode der radikalen Negation“, so der analoge Schlüsselbegriff des französischen Marxisten Henri Lefebvre bezüglich 1968, ein weiterwirkender ideologischer Ablösungs- und Aufbruchprozess entfaltet. Zu den wesentlichen ideellen Richtungsanzeigen, die in der damaligen Zeit gewonnen wurden, gehört Wallerstein zufolge, dass die westliche „Sozialdemokratie als integraler Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft demaskiert“ und im Realsozialismus der „Bolschewismus kritisiert“ (37 ff.) wurde. In diesem Sinne markiert 1968 eine Bruchstelle in der noch insgesamt anhaltenden Hegemonie der liberalistischen Ideologie. Diese Erschütterung wird heute durch die neuen sozialen und Weltbewegungen weiter verstärkt: Für Wallerstein haben die sozialen Bewegungen

in den verschiedenen Ländern eine je eigene Geschichte, aber in globaler Perspektive sieht er einen Höhepunkt systemrelevanter sozialer Bewegungen der Welle von 1968, die langsam verebbte, bis sie wieder mit den Zapatistas 1994 anzuschwellen begann. In der Folge erstarkten diese Bewegungen merklich. Attac und die Weltsozialforen sind ein Ausdruck dieser erneut auflebenden Entwicklung. Der Anti-Neoliberalismus ist seither eine unleugbare Realität. Und die Diskussion in dieser Denkströmung hat sich im Fortgang deutlich verändert: Von der Feststellung, dass eine andere Welt möglich ist, zu der Frage, wie kann und soll diese denn aussehen? Wallerstein betrachtet dies als eine positive, konstruktive Debatte. Auch der vorliegende Vortrag versteht sich ganz in diesem Sinne.

2.4 Von der Revolutionsidee zum Transformationskonzept

Fazit aus alledem ist, dass gesellschaftliche Veränderungen langfristig durch sehr komplexe Bedingungen und Ereignisse befördert werden. Aufstände und Revolutionen, Machtwechsel und Ideenbewegungen sind Bewegungsmomente, aber nicht die Systemtransformation, der Systemwechsel als solcher, auf den es letztlich ankommt.

Das heißt: Ein realistisches Praxis- und Geschichtsdenken, durchaus mit Marx und mit Wallerstein, führt weg von einem traditionellen krisen- und revolutionstheoretischen Ansatz, wie er in weiten Teilen der Linken noch geistert. Dessen gedankliches Grundmuster sieht in Reinform etwa so aus: Endkrise einer kapitalistischen Totalität, „die Blase platzt“. Ergreifung der Macht, nach entsprechender Mobilisierung und Bildung von neuartigen Machtorganen wie etwa „Räten“, durch eine mehr oder weniger organisierte Volksbewegung. Also „Stellung der Machtfrage“ und nachfolgend der „Aufbau des Sozialismus“ als ein enorm konstruktivistischer Akt und definitiver historischer Neuanfang. Dieses Denkbild trägt sektiererische Züge und ist gesellschaftsgeschichtlich obsolet: Wir leben nicht in einer kapitalistischen Totalität, sondern in einer Übergangsgesellschaft. Das Neue kann gar nicht in einem prometheischen Akt in die Welt gesetzt werden. Sondern seine Elemente beginnen sich, wenn überhaupt, im Alten zu formieren. Und wenn sich nicht neue produktive Kräfte in einem, von mir so genannten, Produktivkraftensemble formieren, bleiben alle Sprengversuche und Machtspiele ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Marx: "Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechende Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie." Wir kommen so zu einer gesellschaftsgeschichtlich aufgeklärten Sichtweise bezüglich der Übergangs-Problematik, bezüglich einer sich vielschichtig vorbereitenden und, nur möglicherweise und auf längere Sicht, so oder so zu befördernden System-Transformation.

Zweite Zwischenbetrachtung

Die neueren sozialen Bewegungen manifestieren sich heute noch fast ganz gänzlich als Kritik- und Protest-Bewegungen. In der Hauptsache ist das bisherige Ergebnis nicht eine reale Zurückdrängung des Liberalismus und Neoliberalismus, sondern eine weiter- und tiefergehende Erschütterung der damit verbundenen liberalistischen Ideologie. Diese tritt auf als neoliberaler Radikalismus einerseits, andererseits aber auch in sozialdemokratischen Varianten. Die große Lehre der jüngeren Geschichte ist, dass die Sozialdemokratie definitiv keine Alternative darstellt, ebenso wenig wie zurückliegende historische Sozialexperimente, das sowjetische System. So ist jetzt endlich die Verabschiedung als falsch erwiesener Alternativen des 20. Jahrhunderts angezeigt, die sich in den angesprochenen Positionen darstellen.

Um diese unechten Alternativen der Vergangenheit, die fortleben wollen, dreht sich heute noch ein wesentlicher Teil der theoretischen, ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der sozialen Bewegungen und politischen Gruppierungen, etwa bei den Grünen, der Linken, bei Attac und den Weltsozialforen. Selbst wo diese darüber hinaus gehen möchten, tangieren viele Ideen noch sehr wenig die innere Funktions- und Schutzzone des Systems: Ich

beziehe das auf den überwiegenden Teil der Ökologiekritik oder auch den New Green Deal, die keynesianisch inspirierte alternative oder linke Wirtschaftspolitik oder auch auf die in weiten Teilen diffuse Ideenbörse der Weltsozialforen.

Die auf soziale Emanzipation drängenden Gruppierungen und die rührigen Bewegungen sind noch nicht so weit, dass sie mit einer realistischen, vertrauenswürdig erscheinenden politisch-ökonomischen Alternative gewappnet und damit zugleich in einem breiteren sozialen Feld verankert wären. Dieser Weg kann und muss aber bedacht und beschritten werden.

3. Die Konzeptualisierung der angebrochenen Übergangszeit

3.1 Die These und Option für den Übergang und entgegenstehende Konzepte

Eine entscheidende Frage der „Utopistik“ ist, inwiefern die Grundlagen des kapitalistischen Weltsystems jetzt, nach 500 Jahren Systementwicklung, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, nachhaltig erschüttert sind und weder das eingeleitete neoliberale Gegenprogramm noch eine mögliche und sogar wahrscheinliche weltweite Wirtschaftsbelebung einen Ausweg aufzeigen können. Eine nähere Begründung für die These der eingeleiteten „Phase des Übergangs“ ist umso mehr erforderlich, als deren Zeithorizont knapp bemessen ist. „In einem Zeitraum von 50 Jahren“ wird „eine neue Ordnung aus diesem Chaos entstehen“, sei es bessere oder schlechtere. (43, 103).

Dieser Situationsbestimmung und dem Plädoyer für die Utopistik stehen zwei Grundpositionen entgegen, die im linken Diskurs eine beträchtliche Rolle spielen. Sie sollen hier wenigstens benannt werden, um das Problem schärfer zu fassen:

Gegen die These des Übergangs spricht einerseits Elmar Altvaters Vermutung oder Beschwörung einer schier nicht enden wollenden „transformistischen Flexibilität“ der Kapitalwirtschaft. In einer benachbarten politökonomischen Argumentationsfigur wird, mit der nämlichen Konsequenz, die Möglichkeit einer ungebrochenen Fortsetzung des kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses „ad infinitum“ aus der spezifischen Natur des abstrakten Verwertungssystems begründet. Den extremen Gegenpol dazu bildet die apokalyptische Krisis-Prognose. Robert Kurz prophezeit im „Schwarzbuch Kapitalismus“ den „Weltbankrott des arbeitslosen Kasinokapitalismus. So grauenhaft die krisenkapitalistischen Verhältnisse jetzt schon sind: nach dem Krach, mit dem die größte aller spekulativen Blasen platzen muss, wird sich das globale kapitalistische System als rauchende ökonomische Ruine wieder finden“.

Ich halte Altvaters Hohelied der kapitalistischen Flexibilität und Wandlungsfähigkeit ebenso wie Kurz' „Abgesang auf die Marktwirtschaft“, seine Prophezeiungen als Nostradamus der dritten industriellen Revolution, für Fehlorientierungen, die sich kaum auf Marx als Praxis-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Geschichtsdenker berufen können. Entweder wird der Anstoß für einen grundlegenden Wandel auf äußere Faktoren zurückgeführt, beispielsweise auf eine Erschütterung im Zuge des Endes des fossilen Zeitalters, oder er wird erhofft durch eine revolutionäre Tathandlung unterdrückter Gesellschaftsschichten, durch welche nun sogar die Waren- und Wertformen als vermeintliche Grundübel abgeschafft werden sollen.

Die Gegenthese lautet, dass das Konzept des „Übergangs“ das zutreffende Erklärungsmodell für die Situation am Anfang des 21. Jahrhunderts darstellt. Ich füge dem noch hinzu, dass es nach 500 Jahren Systementwicklung, angesichts entsprechender innerer Veränderungen seines Aggregatzustandes und der gegenwärtigen Symptomatik seiner säkularen Neigung, rundweg wirklichkeitsfremd wäre, von einer anderen Generalhypothese auszugehen.

Ist „Generalhypothese“ aber hier ein passender Ausdruck? Wallersteins Übergangs- und Utopistik-Konzept rehabilitiert ein Praxisdenken, welches zwar auf Tatsachen aufsetzt, soweit kenntlich, aber zugleich das praktisch unvermeidliche Moment einer notwendigen Ent-

scheidung oder Option bewusst behandelt: Ein historischer Realismus ist für niemanden ohne Option, ohne einen Entwurf zu haben. Historischer Realismus beruht nicht nur auf einer Analytik von Fakten oder Gesetzen und ist auch keine Prognostik, die einem einfachen Beweisverfahren unterzogen werden könnte. Historischer Realismus impliziert vielmehr unabdingbar ein gesellschaftlich-geschichtliches Projekt, wenn nicht gar eine Weltsicht, in dem man sich als Alltagsmensch oder Wissenschaftler immer schon bewegt oder in das man sich mehr oder weniger bewusst einstellt. Marx' Option konzentriert sich in dem kategorischen Imperativ, alle alten, grund-verkehrten Verhältnisse „umzustoßen“. In diesem Sinn argumentiert Wallerstein von einem bewusst bezogenen Standpunkt: Es ist eine „moralische und politische Verpflichtung“ die Gelegenheiten der Übergangsperiode zu nutzen.

3.2 Funktionsstörungen der Ökonomie und Unterminierung staatlicher Strukturen

Welche Tatsachen und Möglichkeiten können nun die Entscheidung für die Situationswahrnehmung des Übergangs und die utopistische Grundorientierung stützen? Wallerstein konzentriert sich auf „übergreifende(n) historische(n) Trends“ (48), welche „operative Mechanismen“ des Systemganzen gefährden. Insgesamt kann die Annäherung an Systemgrenzen als ein asymptotischer Trendverlauf veranschaulicht werden.

Dieses Denkbild zeigt uns ein Koordinatensystem mit einer senkrechten Achse, welche die Systemgrenze darstellt. Die Kurve der Systementwicklung nähert sich „asymptotisch“, also in einer immer weiter gehenden Bewegung, an diese Achse des Scheiterns immer näher an, ohne sie rein von sich aus je zu schneiden. Real werden die zunehmenden Spannungen im komplexen gesellschaftlichen Prozess allerdings so oder so dazu führen, dass die Bruchlinie geschnitten wird. Ich selbst spreche in Bezug auf diese immer mehr spannungsgeladene Annäherung an systemische Grenzen von einer „finalisierenden“ Entwicklung. Wie begründet Wallerstein seine strategische Perspektive?

Die entscheidende Funktionsbedingung der Kapitalwirtschaft liegt in der immer neuen Realisierung von Profiten. Dieser „operative Mechanismus“ wird aber in Zukunft immer weiter unterminiert: Die Einschätzung geht dahin, dass die Verhandlungsmacht der Arbeiter im Zuge der global fortschreitenden Entagrarisierung bzw. Industrialisierung zunimmt. So ist letztlich, denken wir beispielsweise an die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa oder China, von einem „globalen Trend eines Anstiegs der Lohnkosten“ auszugehen (51-57, 103).

Zugleich kommen Grenzen des neoliberalen Programms zur Senkung der Lohn- und Steuerkosten in Sicht. Einen asymptotischen Trendverlauf zeigen auch die Steuerkosten. Die Arbeiter und die übrige Bevölkerung, selbst die Kapitaleseite richten Forderungen nach öffentlichen Dienstleistungen und finanzieller Umverteilung an den Staat. So eröffnet sich ein weiteres Problemfeld: Der „doppelte Druck auf den Staat, die Ausgaben zu erhöhen, aber gleichzeitig die Steuern zu senken, kann man als fiskalische Krise des Staates bezeichnen“: Als ein direkter Ausdruck dieser Krise kann beispielsweise auch die unablässig steigende, gegenwärtig geradezu explodierende Staatsverschuldung gelten.

Drittens eskaliert die „Erschöpfung der Überlebensbedingungen“. Die von den Unternehmen gerne externalisierten Kosten, darunter vor allem auch Umweltkosten, werden aber auf gesellschaftlichen Druck hin zunehmend internalisiert oder aber die Steuerquote wird mit Blick auf die notwendige Beseitigung von Umweltschäden erhöht. Aus alledem entwickelt sich im asymptotischen Prozedere eine Verschärfung der „Profitklemme“.

Wallerstein geht in der Analyse der wachsenden Problemlagen über das Ökonomische im engeren Sinne hinaus. Er sieht einen anderen Hauptfaktor des staatlichen Autoritäts- und Legitimationsverlustes darin, dass die liberalistische Ideologie allmählich zusammenbricht, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die „globale Geokultur“ (56) war. Die Ideologie des kapitalistischen Weltsystems hat in den letzten 20 Jahren ihren Zauber verloren. Es greift

eine „eine weltweite Enttäuschung über den reformistischen Liberalismus“ um sich, insbesondere unter der Arbeiterschaft. Denn das Versprechen von inneren Reformen und einer Verringerung der weltweiten Polarisierungen wurde und wird nicht erfüllt. Wir erleben daher eine „Delegitimierung staatlicher Strukturen“, eine „Delegitimierung des bestehenden historischen Systems“ (41, 64).

Die weiter um sich greifende, nachhaltige Enttäuschung der einfachen Leute geht einher mit ihrer Angst um den Lebensunterhalt, um persönliche Sicherheit, um ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Auch das „Gefühl einer moralischen Gemeinschaft“ vermindert sich. Sie vertrauen nicht mehr auf effektives staatliches Handeln, erleben im Gegenteil willkürliches Handeln der Polizei und die Verschwisterung von Politik und Mafia. Schließlich zeigt sich als „Hauptindikator staatlicher Delegitimierung“ ein „Anstieg ethnischer Spannungen“. (58, 60, 62, 66)

Alle aufgezeigten globalen Trends zusammen genommen stören die soziale, ökonomische und politische Funktionalität und Stabilität des Systems, so dass letztlich eine „strukturell chaotische Situation“ entsteht. Vor allem wird schließlich der „entscheidende(n) Pfeiler des modernen Weltsystems unterminiert, das Staatensystem, ohne den die endlose Kapitalakkumulation nicht möglich ist. Die ideologische Zelebrierung der so genannten Globalisierung ist in Wahrheit der Schwanengesang unseres historischen Systems“. Wir sind damit in eine „schwarze Periode“, in die „historische Übergangsphase“ des bestehenden Systems eingetreten (41). Erwartet uns ein „Kampf auf Leben und Tod“?

3.3 Zusätzliche wert-, kapital- und reproduktionstheoretische Argumente

Die Weltsystemtheorie beruht auf einem globalen Rundumblick, sie operiert auf einer hohen Stufe der Verallgemeinerung und mit primärem Interesse für langfristige geschichtliche Entwicklungen. Meiner Ansicht nach verschenkt Wallerstein dadurch etliche politisch-ökonomische, kapitaltheoretische Argumente im Detail, die das Konzept insgesamt stützen oder zu seiner Entwicklung beitragen können.

Was deutet bei genauerem Hinsehen darauf hin, dass die Zeit der „neoliberalen Globalisierung“ bereits als Ausdruck einer finalisierenden Entwicklung gekennzeichnet werden kann? Wenigstens andeutungsweise seien dazu einige wert-, kapital- und reproduktionstheoretische Argumente skizziert.

Ich sehe einen entscheidenden Umschlagspunkt der Systementwicklung darin, dass die im ökonomischen Kalkül verwurzelte, ständige zwanghafte Produktivitätssteigerung - letztlich durch die informationstechnische Perfektionierung des, wie es Marx in den Grundrissen nannte, „automatischen Systems der Maschinerie“ - schließlich zu einem Aggregatzustand des Reproduktionssystems geführt hat, bei dem weitere Wachstumsbewegungen keine Mehrbeschäftigung mit sich bringen. Sie induzieren vielmehr tendenziell eine noch weitergehende, chronische, unverhältnismäßige Freisetzung von Arbeitskräften aus der im Kern industriewirtschaftlichen Produktionssphäre. Durch die grenzwertige Steigerung der „organischen Zusammensetzung“ des Kapitals fällt die zur Kapitalverwertung notwendige Massenkaukraft am anderen Ende des Wirtschaftskreislaufs zurück.

Infolgedessen wird jenseits des bezeichneten Umschlagspunktes eine Stagnationstendenz oder chronische Wachstumshemmung die Oberhand gewinnen. Im Innern entsteht eine durch das immer neu und vergeblich beschworene Wachstum grundsätzlich nicht mehr behebbare, sondern dadurch tendenziell noch geförderte Massenarbeitslosigkeit bzw. überflüssige gemachte Bevölkerung und es vertieft sich die sozialstaatliche Finanzkrise: Es geht jetzt nicht mehr nur um eine industrielle Reservearmee, sondern um „überflüssige Bevölkerung“.

Als systemkonformer Ausweg bleibt, sieht man einmal von perversen Methoden der Kapitalvernichtung durch Investitions-, Weltraum- und Kriegsabenteuer ab, Mehrwert durch einen ständig überbordenden internationalen Austausch zu realisieren und das auf diesem Wege realisierte produktive Mehrkapital in externe Anlagesphären zu investieren: Noch vor jedem Welteroberungsdrang ist dieses Verwertungsproblem ein primärer Antriebsmechanismus der sogenannten Globalisierung.

Soweit Mehrwert in dieser Weise nicht als produktiver, sondern als konsumtiver Profit realisiert wird, stützt er einen zwischen den Besitzenden und international verteilten und aufblühenden extremen Über- und Luxuskonsum, der in schreiendem Gegensatz zu der prekären Situation der überflüssig gemachten Bevölkerung und der Entwurzelten in aller Welt, vor allem auch in Gegensatz zur überall sichtbarer hervortretenden Erschöpfung der natürlichen planetarischen Lebensbedingungen zelebriert wird.

So bildet die informationell perfektionierte Automatisierung, die massenhafte Ausgrenzung von Arbeitsvermögen, die Strangulierung des Sozialstaats, ein hypertrophierender Überkonsum, das Wachstum des internationalen Handelsvolumens und aggressiven Kapitalexports sowie die weltweite, gewalttätige, polarisierende Implementierung modernster kapitalwirtschaftlicher Strukturen in weniger entwickelte Gesellschaften das zwangsgesetzliche Kerngeschehen der so genannten Globalisierung. Immer deutlicher wird, dass dieses Modell, das wenn es als Politik einer nachholenden und nacheifernden kapitalwirtschaftlichen Entwicklung übernommen wird, die Grundprobleme auch in den peripheren Regionen nicht löst, sondern verschärft.

Die der Systemfunktionalität geschuldeten, tendenziell steigenden Exportquoten führen dazu, dass der so genannte freie Weltmarkt mitsamt den darin verflochtenen nationalökonomischen Terrains zu einem Konkurrenz- und Wirtschaftskriegsschauplatz wird, in den relativ überschüssige Produktionen und relativ überschüssiges Kapital fluten, auf dem extreme soziale und internationale Polarisierungen entstehen und verwirrende Dysfunktionalitäten aufbrechen. Auch das Hin und Her zwischen dem Wunsch nach einem offenen Weltmarkt und der gleichzeitigen Nötigung zu eigenen protektionistischen Maßnahmen ist ein Ausdruck dieser chaotischen Situation.

Infolge der kapitalwirtschaftlichen „Überakkumulation“ und „Überproduktion“ auf dem technologischen Niveau automatischer Systeme ist die Grundfunktionalität des kapitalwirtschaftlichen Reproduktionssystems nachhaltig bedroht oder gestört. Dadurch kann nun aber auch der im Reproduktionsprozess erheblich involvierte Staat seine Ordnungs-, Steuerungs- und Verteilungsaufgaben nicht mehr zufriedenstellend erfüllen: Der Wachstumspfad der fordistisch-keynesianischen Phase der Nachkriegszeit kann nicht noch einmal beschritten werden. Auch auf dem Wege einer angestrebten „Global Governance“ können die konkurrierenden Praktiken und die sich entladenden objektiv-realen Widersprüche im kapitalwirtschaftlichen Weltsystem letztlich nicht zuverlässig reguliert werden.

Der so skizzierte analytische Ansatz, der die Aggregatzustände und Entwicklungsphasen des Systems hinter den säkularen Trendverläufen deutlicher macht, kann meiner Ansicht nach die Schlussfolgerung bestärken: Im 21. Jahrhundert ist in der Tat ein finalisierendes Entwicklungsstadium des kapitalwirtschaftlichen Systems eröffnet, das zugleich durch eine progressive Erschöpfung und Zerstörung natürlicher Ressourcen mitbestimmt ist. Einen Ausweg aus dem gesellschaftsgeschichtlichen Dilemma bietet daher nur die konsequente Transformation des gesamten kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsszenarios und der damit verbundenen Wirtschafts- und Sozialverfassung und eben dies ist die Signatur der Periode des Übergangs.

3.4 Vom gescheiterten neoliberalen Gegenprogramm zum New Green Deal

Natürlich gab es und gibt es Versuche, der fortschreitenden Destabilisierung entgegenzuarbeiten: Die hinter uns liegende neoliberale Offensive war ein solcher Versuch. Aber in der inzwischen aufgebrochenen System- und Weltkrise zeigt sich das Scheitern dieser Gegenstrategie. Der Wallerstein-Commentary No. 226 (2008), trägt den Titel: "The Demise of Neoliberal Globalization", er konstatiert das "Ableben" der neoliberalen Globalisierung: „Neoliberal Globalization will be written about ten years from now as a cyclical swing in the history of the capitalist world-economy“. Das neue Zauberwort der bewussten oder unbewussten Verfechter der herrschenden, verfallenden Ordnung lautet New Green Deal in Anlehnung an den historischen "New Deal".

Worauf zielte „das Programm des Neoliberalismus, das im letzten Jahrzehnt so erfolgreich zu sein schien“ (55)? Das marktradikale kapitalistische Lager suchte vor allem eine Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiter, d.h. praktisch Lohnsenkungen, eine Senkung der Staatsquote, d.h. der Sozialausgaben und der Steuerquote, sowie Begrenzungen für die Internalisierung von ökologischen Kosten durchzusetzen. Auf internationaler Ebene ging das Bestreben dahin, nationalökonomische Schranken einzureißen und das Terrain kapitalwirtschaftlich zu planen.

Wallersteins verwies schon in der 1998 erstmals herausgegebenen „Utopistik“ darauf, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik in den bezeichneten Aspekten Gegenreaktionen hervorruft und zunehmend auf Grenzen stößt. Insbesondere führt diese Politik dazu, dass die „Möglichkeit effektiven staatlichen Handelns“ nachlässt und die Staaten ihre „öffentliche Legitimierung“ verlieren. Die Abschwächung der staatlichen Strukturen wird sogar eher in langfristiges Problem der Kapitalwirtschaft: Die kapitalistischen Produzenten brauchen den Staat – er sichert vor den Nachteilen eines rein konkurrenzbestimmten Marktes, er stützt Monopole. Der starke Staat vermittelt finanzielle Transaktionen an die Hersteller und sanktioniert häufig die Externalisierung von Kosten. „Starke Staaten .. sind das entscheidende Element bei der Erzielung großer Profite“ transnationaler Unternehmen. (56, 59 f.)

Ich füge hinzu: Auch das neoliberale Programm der Entstaatlichung von genuin „sozialwirtschaftlichen“ Wirtschaftsleistungen wird auf Dauer nicht erfolgreich sein, weil es im Zuge der Reprivatisierungen die Kapitalverwertungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich verbessert. Stattdessen wird eine indirekte Nachfrage gefährdet, die über die Abschöpfung von Steuern und die staatliche Alimentierung des Sektors sozialwirtschaftlicher Dienste verläuft. Die Staats- und Sozialquote ist der wichtigste Indikator für einen derartigen ökonomischen Transfer, der einem mittlerweile systemtragenden Reproduktionskreis angehört. Das liberalistische Plädoyer für eine deutliche Senkung der Staats- und Sozialquote wird daher langfristig noch tiefer in eine Spirale von Wirtschaftsstockungen, Massenarbeitslosigkeit, Haushaltsproblemen und fatalen Weltmarktabhängigkeiten führen. Die Analyse legt allerdings die Schlussfolgerung nahe, dass das auf der anderen Seite immer noch empfohlene keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Konzept auf längere Sicht auch in eine immer höhere Staatsverschuldung oder zu Einbrüchen beim kapitalwirtschaftlich überlebensnotwendigen Export führen würde. Von einer systemischen Transformation, welche allein wirkliche Lösungen verspricht, kann dabei nicht der Rede sein.

Die Finalität der heutigen Krisenperiode drückt sich in den bezeichneten, verknoteten Dilemmata aus. In diesem begrenzt elastischen Problemnetz spielt auch die gegenwärtige Krise. Diese ist als eine Finanzkrise aufgebrochen, hinter der aber eine Überakkumulations- und Überkonsumtionskrise in Folge lang anhaltender schuldenfinanzierter Akkumulation und Expansion im Weltsystem steht. Den gravierenden Verwertungsproblemen wird momentan durch eine exorbitante Kapitalvernichtung und Staatsverschuldung entgegengearbeitet, ohne dass die Dinge an der Wurzel gepackt würden: In der aktuellen Diskussion über die Wirtschaftsprobleme wird noch von dem Einschlagen der System- und Übergangsproblematik in die gegebene Gesellschaftswirklichkeit abgelenkt. Die moderne Wirtschaftslehre, das gesamte liberalistische Lager operiert noch mit Wirtschafts- und Wachstumsformeln, die dem

Mittelalter des kapitalistischen Weltsystems entstammen und mit der ökonomischen Realität der neuen Zeit immer weniger zu tun haben.

In ein Antiquarium liberalistischer Ideen gehört auch bereits das neue Zauberwort, das im Scheitern des neoliberalen Programms geboren wurde und aus der gegenwärtig aufgebrochenen System- und Weltkrise herausführen soll: Der „Green New Deal“. Hier wird im werblichen Großformat jenes Bündel von Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA zitiert, das etwa von 1933 bis 1943 mit erheblichen staatlichen Investitionen die Binnenkonjunktur ankurbeln und, in Verbindung mit anderen Maßnahmen wie einer Arbeitszeitverkürzung, einer progressiven Besteuerung und der Einführung eines Sozialversicherungssystems, die durch die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise verursachte Arbeitslosigkeit und Armut lindern sollte.

Der New Green Deal propagiert ein Programm zur ökologischen Modernisierung der Industrie und sozial ausgeglicheneren Moderation des Prozesses. Er suggeriert damit erneut eine Reform- und Zukunftsfähigkeit des Systems, tastet aber die Verwertungsökonomik nicht an und bleibt im Kern einer überlebten Wachstums- und Entwicklungspolitik verpflichtet. Allerdings könnten die begrenzten Effekte dieser Politik mit der Annahme Wallersteins zusammentreffen, dass wieder eine systemisch typische, neue Kondratieff-Welle, „eine langfristige Expansionsperiode der Produktion und Beschäftigung in der Weltwirtschaft“ anstehen könnte.

Aber selbst die Annahme einer neu einsetzenden Phase des kapitalwirtschaftlichen „Wachstums“ würde die Situation nicht grundlegend ändern: Eine solche „Kondratieff-Welle“ würde die ökologischen Probleme nicht lösen, nur die ohnehin verschärfte weltweite Polarisierung und die Instabilität vertiefen (67). Es heißt: „Die Resultate unseres gegenwärtigen Systems (wirken) immer absurder und unvernünftiger“. In diesem Sinne konnte man bereits im ersten Band des Marxschen Kapitalwerks zu den kapitalistisch nicht lösbaren Problemknoten lesen: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter“.

Die Erfahrung lehrt, dass einzelne positive Entwicklungsmomente durch die Destruktionseffekte der bestehenden Produktionsweise immer wieder konterkariert und überholt werden: Der Müll, die Barbarei und der Tod bilden die heilige Dreifaltigkeit, die auf kapitalistischer Erde in Wahrheit angebetet wird. Um die bedrängenden ökologischen Probleme wenigstens kurativ zu behandeln, macht Wallerstein einen probaten Vorschlag: „Wir müssen verlangen, dass alle Produktionsorganisationen sämtliche Kosten internalisieren, einschließlich jener Kosten, die nötig sind, um sicherzustellen, dass die produktive Aktivität die Biosphäre weder verschmutzt noch aufbraucht“. Diese Kosten würden zu „Herstellungskosten“: Der Vorschlag verspricht einige positive Effekte und würde zugleich die „Profiteklemme“ der Kapitalwirtschaft verschärfen.

Wie kann aber das generelle Ziel erreicht werden, „dass die Ressourcen der Biosphäre adäquat geschützt würden“? Die unumgängliche Wahl in den ökonomisch-ökologischen Fragen „sind soziale Entscheidungen, die demokratisch getroffen werden sollten, wobei alle, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, involviert sein sollten“. Und eben das ist im bestehenden System praktisch unmöglich. Es bedarf dazu offenkundig einer neuen, anders demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung.

Dritte Zwischenbetrachtung

Die multipel aufbrechenden Probleme und finalen Charakterzüge des Systems sind im Stadium des Übergangs nur die eine Seite. Zugleich kann davon ausgegangen werden, dass auch ein sich vorbereitendes, andrängendes, im Kern jetzt noch unerkanntes Anderes, dass eine Alternative existiert: Das derart im Schoße des Alten existierende Neue ist kein Wolkenkuckucksheim, es muss auf wissenschaftlicher Grundlage fassbar sein. Diese Sichtweise

fordert eine praxistheoretisch erweiterte Wirklichkeitsauffassung und eine entsprechende Methodologie heraus, ein neues wissenschaftlichen Paradigma und einen entsprechenden analytischen Ansatz, den eben Begriffe wie Praxis und Utopistik markieren:

Grundlage der wissenschaftlichen Utopistik der gesellschaftlichen Reproduktion und Praxis ist der reale Vorschein einer historischen Alternative im Feld der Gegenwart, ist die Existenz einer realen Latenz des zukünftigen Neuen, ist letztlich die Formierung dieses Neuen in einem über das System hinausweisenden, transzendierenden Produktivkraftensemble. Mit Bezug darauf ist eine Analytik möglich, welche die bloß kritische Kritik überschreitet, die keine haltlose Konstruktion der Zukunft darstellt, sondern ein fundiertes Begreifen der widersprüchlichen Praxis im geschichtlichen Übergang bedeutet.

4. Sondierungen zur Wegrichtung und zu einer konkreten Alternative

4.1 Bruch mit dem Profitprinzip und Paradigmenwechsel

Die Frage lautet: „Wenn wir in den nächsten 50 Jahren eine fundamentale historische Wahl treffen - wie wird sie aussehen?“ Die grundlegende These zu den damit aufgeworfenen Fragen lautet: Die uns bedrängenden Probleme könnten erst überwunden werden im Rahmen eines Weltsystems, „das nicht von endloser Kapitalakkumulation angetrieben wird“. Anders gesagt, es geht um eine vom Wachstumszwang befreite, das heißt nicht schlechthin wachstumsfreie Wirtschaft. Wallerstein identifiziert die eigentliche Wurzel des Übels im „Primat der endlosen Kapitalakkumulation“. Daher gilt erst der Bruch mit diesem Prinzip - es gäbe „keine Betätigungsfelder für profitorientierte ökonomische Strukturen“ - als Ermöglichungsbedingung für eine „wirkliche demokratische Beteiligung am kollektiven Entscheidungsprozess“. Nur so könnte ein auf gemeinwirtschaftlichen Organisationsformen beruhendes „demokratisches, egalitäres System“ entstehen.

In einem solchen System würde die allgemeine „Kommodifizierung, die unserem gegenwärtigen System zugrunde liegt“, nicht statthaben. Damit ist jedenfalls nicht gemeint, dass es in einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt keine Waren und Werte mehr geben sollte: Von Marx her lässt sich begründen, dass Waren und Wertformen im Zusammenhang der Kapitalwirtschaft einen spezifisch historischen Charakter aufweisen, aber keineswegs, dass entsprechende Formbildungen in einer Wirtschaft der Zukunft nicht existieren könnten: „Der Wert der Ware (ist) so nur eine bestimmte historische Form von etwas, was in allen Gesellschaftsformen existiert“. Es bedarf also nicht einer Abschaffung entsprechender Formbildungen schlechthin, aber sehr wohl eines „Bruchs“ mit dem Profitprinzip: Hinter dieser einfachen Formulierung verbirgt sich wieder das ungelöste kardinale Problem einer alternativen Wirtschaftsweise: Wie sehen die ökonomischen Prozessstrukturen aus, die objektiv real ein andersartiges ökonomisches Kalkül in Kraft setzen? Kann beispielsweise an die Stelle der systemisch-zwanghaften Mehrwertbilanzierung eine entspannte haushälterische Ersparnisrechnung in Verbindung mit andersartigen ökonomischen Stimuli treten? An dieser Stelle kann an die wert- und reproduktionstheoretisch bis heute unerhellte gebliebene Marxsche Idee einer „Ökonomie der Zeit“ erinnert werden. Das Rätselwort lautete: „Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf“. Es gibt bis heute keinen auf dem Niveau der Marxschen Analytik durchgeführten Systementwurf, der uns vor Augen führte, wie das funktioniert.

Trotz ungeklärter Fragen lässt sich aber jetzt schon sagen: Die angesichts des Debakels der neoliberalen Politik wieder auflebende Vorstellung, das in milliardenfachem Wirtschaftshandeln wirksame kapitalistische Krebskalkül könnte allein durch eine zivilgesellschaftlich-demokratische Einbettung der Ökonomie gebändigt werden, ist naiv und zum Scheitern verurteilt. Die systemisch vorprogrammierte Verwertungsökonomie lässt sich nicht reformistisch bändigen: Das ewige Dilemma der Ideologen einer „sozialen Marktwirtschaft“. Die links-sozialdemokratischen Ideen tasten in der Regel die funktionale Kerngestalt der Kapitalwirt-

schaft nicht an. Für sich genommen führt etwa die Forderung nach einer Wertedebatte, einer neuen Wirtschaftsethik oder nach Verteilungsgerechtigkeit wenig weiter. Es würde der Versuch, der Wirtschaft ohne die Installation neuer Hardwarestrukturen und eines neuen Programms, ohne systemische Transformation einfach die Hülle einer „Wirtschaftsdemokratie“ überzustülpen, in historischer Parallele zur Planwirtschaft misslingen.

Ich möchte diesen Punkt scharf pointieren, da von hier aus auch beurteilt werden kann, was durch operative Schnitte wie eine „Tobin-Steuer“ oder von der Handlungsebene einer „Global Governance“ her erreichbar oder nicht erreichbar ist: Was aussteht, auch jenseits der von aktuellen Problemlagen inspirierten und möglicherweise wegweisenden Einzelmaßnahmen und Einzelschritte, ist eine Revolution der theoretischen Ökonomie, ein fundamentaler Paradigmenwechsel in Theorie und Praxis, sind Aussagen über eine konkrete systemische Alternative jenseits postautistischer Wirtschaftsideen oder auch der linkskeynesianisch-alternativen Wirtschaftspolitik, wie sie die Memorandum-Gruppe fordert.

4.2 Gemeinnützige Produktionsbetriebe mit demokratischer Betriebsverfassung

Auch wenn das Funktionsmodell einer zukünftigen Wirtschaftsweise noch nicht ausreichend kenntlich ist, müssen Sondierungen in Einzelfragen weiter gehen: Ein erstes Element, das Wallerstein als „mögliche Basis für ein alternatives System“ anbietet, besteht in der „Errichtung von dezentralisierten gemeinnützigen Betrieben als Grundlage für den Produktionsmodus innerhalb dieses neuen Systems“. Weiter zu klären wäre dann, „wie und auf welcher Basis diese Einheiten sich zueinander verhalten“ und wie deren „interne Organisation“ bezüglich Demokratie am Arbeitsplatz beschaffen sein soll.

Erinnern wir noch einmal an Marx, der 1871 in seiner Schrift zu Pariser Kommune die Idee einer anderen Ökonomie so ansprach: Als Grundform der befreiten, jetzt gesellschaftlich „assoziierten Arbeit“ galten Marx „genossenschaftliche“ Betriebe, welche die „nationale Produktion“ dann „nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen“. Dieser utopistische Gedanke aus der industriekapitalistischen Vorzeit kann natürlich nicht als wörtlich zu nehmende Vorgabe oder Rechtfertigung für Wirtschaftsmodelle des fortgehenden 20. oder beginnenden 21. Jahrhunderts gelten.

Wallerstein meint, die Betriebe könnten analog zu den „seit Jahrhunderten funktionierenden ökonomischen Strukturen ohne Profit“ arbeiten, wie wir sie beispielsweise von Krankenhäusern kennen. Auf dieser Grundlage wären beispielsweise „große Organisationen“ nicht von vornherein effizienter als kleine, es könnte „eine große Vielfalt hinsichtlich der Größe wirtschaftlicher Unternehmungen“ geben, man kann Aufhören mit der „Vergötzung der Vergrößerung“ wirtschaftlicher und organisatorischer Strukturen.

Solche „vielfältige gemeinnützige Produktionsbetriebe“ wären durch „den Markt, den wirklichen Markt und nicht den monopolistisch kontrollierten Weltmarkt“ verbunden: Der Markt bliebe also Grundbestandteil eines zukünftigen Wirtschaftens. Es gäbe in einem gewissen Umfang Regulierungen, aber keine behördliche oder gar zentralistische Produktionsplanung. Und die „gemeinnützigen Einheiten“, ob groß oder klein, wären „nach innen“ „nicht autokratisch“: Es gäbe also Manager und Arbeiter, Gewerkschaften und eine „Arbeitermitbestimmung“.

Es erhebt sich die Frage, inwiefern Wallersteins Gedanken bis hierher über das hinausweisen, was bisher schon mit genossenschaftlichen Betriebsformen, im Sinne der ehemaligen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung oder auch in bundesdeutschen Mitbestimmungsmodellen vorgeschlagen und erprobt wurde: An sich werden damit weder die betriebliche Verwertungsrechnung noch die marktwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse aufgehoben. Das heißt, eine demokratische Betriebsverfassung nutzt wenig, wenn die ökonomische Grundfunktionalität im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang nicht verändert

ist. Insofern bedeuten auch die aktuellen Projekte einer Solidarischen Ökonomie zunächst noch Insellösungen und Experimente im Meer des kapitalistischen Weltsystems.

4.3 Sozialwirtschaftliche Dienste und neue Effizienzkriterien

Wallerstein möchte die historische Bruchlinie zwischen dem alten und dem neuen System noch einmal herausstreichen und stellt dazu Grundforderungen auf, darunter die Eröffnung eines allgemeinen Zugangs zu Erziehung und Ausbildung und Sicherung einer allgemeinen Gesundheitsfürsorge. Diese Bedürfnisse sollen „außerhalb der Kommodifizierung“ befriedigt werden, „sodass sie von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt würden. Wir tun dies jetzt für solche Dinge wie die Wasserversorgung und, in vielen Ländern, für Bibliotheken.... es gibt viele Lösungen bezüglich der Frage kollektiver Kostenverteilung. Dabei handelt es sich um eine gesellschaftliche Entscheidung, der wir nicht ausweichen können..“.

Jetzt geht es eigentlich nicht nur um Betriebsformen, sondern um einen ganzen Wirtschaftszweig. Die Frage der „nicht profitorientierten Institutionen“ und deren Beiträge zur gesellschaftlichen Reproduktion muss näher untersucht werden: Es gibt einerseits die eher weichen, personen-orientierten sozialen Dienstleistungen wie im Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen, andererseits die Herstellung und Aufrechterhaltung eher harter infrastruktureller Voraussetzungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, etwa die Energie- und Wasserversorgung, der Städte- und Straßenbau, die öffentlichen Medien und Kommunikationsnetze. Die Problematik derartiger wirtschaftlicher Tätigkeiten zur Deckung eines allgemeinen, gesellschaftlichen Grundbedarfs ist damit allenfalls angerissen. Jedenfalls ist offenkundig, dass es hier schon seit Jahrhunderten nicht-kapitalwirtschaftliche Formen wirtschaftlicher Tätigkeit und Beispiele „kollektiver“ Finanzierung gibt.

Schließlich kann im Zusammenhang des angesprochenen gemeinnützigen Wirtschaftens, ohne dass die Verwertungsorientierung primär ist, „Effizienz“ anders definiert werden. Als effizient gilt beispielsweise eine Produktion mit weniger Vorleistungen, mit dem Ziel der Befriedigung wirklicher Bedürfnisse oder der Erweiterung des Zugangs dazu. Wallersteins Beispiele besagen letztlich, dass die Maße von Effizienz gesellschaftlich definiert werden können, beispielsweise durch Qualitätsnormen, Zertifizierungen oder durch gemeinsame Zieldefinitionen. Es klingt also unüberhörbar an, dass es andere und angemessenere Gestaltbildungen der Wirtschaftsrechnung als das Verwertungskalkül des Kapitals gibt. Wallerstein lässt durchblicken, dass es hier in Bezug auf das anvisierte zukünftige ökonomische System ungelöste Probleme gibt. So belässt er es bei einer Bemerkung, die im Grunde alles offen hält: „Mit der Etablierung eines derartigen historischen Systems (würde) die wirkliche Arbeit nicht aufhören, sondern erst beginnen“.

4.4 Sozialwirtschaftliche Reproduktionsordnung und die Rolle des Staates

Wallersteins Vorschläge bezüglich einer besonderen Rolle gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse ist von größter Wichtigkeit. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, dass neben der im Kern industriell organisierten Warenproduktion eine ganze Abteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Wirtschaft damit beschäftigt ist, diese zu befriedigen. Es muss also auch die Wirtschaftsabteilung sozial-kultureller und öffentlicher Dienste und keineswegs nur etwa die häufig international verflochtene und organisierte Industriewirtschaft in die Überlegungen für eine alternative Ökonomie einbezogen werden. In meinen Worten: Es gibt seit dem fortgehenden 20. Jahrhundert eine geschichtlich progressive Bewegung und Entwicklung im Sinne einer „Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste“, die das System der gesellschaftlichen Arbeit verändert hat.

Bei der Verfolgung dieser Gedankenrichtung stößt man auf die Marxsche Skizze zur Kritik des Gothaer Programms von 1875, wo es heißt: „Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.“

Ich habe zur Modellierung dieses Zusammenhangs ein neues Reproduktionsszenario konfiguriert: Neben der Abteilung mit den Waren produzierenden, industriewirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten und diesen angelagerten, so genannten unternehmensnahen Dienstleistungen gibt es einen zweiten Wirtschaftssektor „sozialwirtschaftlicher Dienste“, die im Sinne von Wallerstein „von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt würden“. Eben dieser Finanztransfer erfordert aber die Annahme einer dritten, gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Instanz. Diese muss über ein hochorganisiertes Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen verfügen, um die Unterhaltung gemeinwirtschaftlicher Tätigkeiten vermitteln zu können.

Die systemisch notwendige dritte Instanz des ökonomischen Prozesses ist das, was man sehr pauschal „Staat“ nennt: In ökonomischer Hinsicht stellt der moderne Staat ein differenziertes Ensemble gesellschaftlicher Organbildungen dar, das verschiedene subsidiär verknüpfte Ebenen sowie Formen aufweist, wie wir sie von kommunalen und staatlichen Haushalten oder beispielsweise von der Arbeitsverwaltung, von Sozialversicherungsträgern, von öffentlichrechtlichen Institutionen oder von Stiftungsorganisationen kennen.

Das Resultat aus entsprechenden weiteren Überlegungen besteht darin, dass sich die Wirtschaft der Zukunft als Dreigestirn von industriewirtschaftlicher Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und den durch Steuern und Haushalte vermittelnden gesellschaftlichen Organen darstellt. Diese Grundfiguration ist aber nicht nur eine Projektion in die Zukunft, sondern hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Grundmuster moderner, kapitalistisch eingehogter Sozialstaatlichkeit bereits angebahnt. Diese Gestalt eines sozusagen reiferen Kapitalismus wäre demnach der entscheidende, geschichtswirkliche Ansatzpunkt für utopistische Analysen bezüglich einer alternativen Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsrechnung.

Ich habe diesen Ansatz bereits unter dem Arbeitstitel „Von der Kapitalwirtschaft zur Sozialwirtschaft“ ein Stück weit weiter verfolgt und bin durch wert-, reproduktions- und praxistheoretische Analysen zu der Schlussfolgerung gekommen, dass in der Tat ein paritätisches Arrangement der beiden Hauptfraktionen der gesellschaftlichen Arbeit - in Verbindung mit einer grundlegend veränderten Steuerpolitik und wirtschaftsdemokratischen staatlichen Organen – eine funktionierende neue Reproduktionsordnung ergeben, in der das kapitalistische ökonomische Verwertungskalkül aufgehoben ist. Man muss dieser Theorie einer „Sozialwirtschaft als systemische Alternative zur Kapitalwirtschaft“ nicht unmittelbar folgen, kann jedoch zwei sehr weitreichende Schlussfolgerungen aus dem Gesagten kaum abwehren:

In die Kapitaltheorie von Marx spielen die angesprochenen Tätigkeiten oder dieser Produktionsbereich nicht mit herein, sie werden nach einer vorherigen Selbstverständigung von Marx über die Problematik systemisch „produktiver und unproduktiver Arbeit“ nicht modelliert. Was überliefert ist, stellt das Szenario einer rein industriewirtschaftlichen Produktionsweise dar. Damit ist aber die Realität des fortgeschrittenen, gereiften Kapitalismus des 20. Jahrhunderts im traditionellen Ansatz nicht angemessen abgebildet. Der größte Teil der marxistischen, kapitaltheoretisch fixierten „Kritik der politischen Ökonomie“ hinkt insofern grundlagentheoretisch hinter der Realität hinterher. Vor allem wegen der unzureichenden reproduktionstheoretischen Modellierung ist man auf die ständige Neuauflage einer traditionellen Systemkritik fixiert und durch die ganze Problemexposition nicht in der Lage, zu einer Antwort auf die Frage nach der Alternative vorzudringen.

Das Gemeinte lässt sich wieder in einem Denkbild veranschaulichen: Stellen wir uns ein Wirtschaftskreislaufmodell, ein „Tableau economique“ in Gestalt einer Dreiecksbeziehung

vor, mit dem Staat als Transfer- und Steuerungsagentur an der oberen Spitze und den Reproduktionsabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion sowie der sozialwirtschaftlichen Dienste an den unteren Knotenpunkten. Die These lautet, dass in der umrissenen sozialwirtschaftlichen Konfiguration ein Produktivkraftensemble oder eine Reproduktionsfigur enthalten ist, dass darin sozusagen in verpuppter Form eine Alternative existiert, an die das Vorhaben einer gesellschaftlichen Transformation in der Übergangsperiode ansetzen kann. In dem möglichen neuen Zustand würden die verfassungsgemäß legitimierten, demokratischen wirtschaftsgesellschaftlichen Organe auf allen Ebenen und in allen Bereichen über Mittel aus systemisch funktional ansetzenden Steuern verfügen und gemäß Haushaltsplänen zu einer „kollektiven Finanzierung“ sozialwirtschaftlicher Dienste in der Lage sein.

Wallerstein fasst eine andere Betriebsverfassung schließlich auch für den industriewirtschaftlichen Bereich ins Auge: „Wir sollten darüber nachdenken, wie wir Stahlwerke in Non-Profit-Unternehmen verwandeln können, die an niemanden Dividende zahlen“. So würde also die gemeinnützige Verfasstheit der sozialwirtschaftlichen Dienste auch das Modell für die industriewirtschaftliche Betriebsverfassung - und nicht umgekehrt, wie es die neoliberale Wirtschaftspolitik per Privatisierung heute durchzusetzen versucht. Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass der Kampf gegen die Privatisierung des Öffentlichen und Gemeinschaftlichen eine ganz entscheidende Frontlinie mit Blick auf die mögliche Alternative darstellt, deren Konturen sich in diesem Zusammenhang etwas deutlicher abzuzeichnen beginnen.

Aber das schon mehrmals angerissene Grundproblem bleibt, und so bemerkt Wallerstein in Bezug auf die Finanzierung der kollektiven Güter und Dienste nachdenklich: „Woher werden auf der einen Seite die großen Summen kommen, wenn es keine endlose Kapitalakkumulation gibt?“. Oder „wie könnte man im Bereich des Informationsflusses die Dinge .. so organisieren, dass es kein finanzielles Ungleichgewicht zwischen den konkurrierenden Gesichtspunkten gibt?“. Eben das letztendlich zu klären ist die Aufgabe einer Utopistik der politischen Ökonomie oder einer neuen, systemischen Sozialökonomie, die es in einer kooperativen und geduldigen Forschungsanstrengung auf den Weg zu bringen gilt.

4.5 Zur Frage wirtschaftsgesellschaftlicher Selbstorganisation unter den Bedingungen der Weltökonomie

Ich greife die Frage nach der wirtschaftlichen Selbstorganisation unter der Bedingung der weltökonomischen Verflechtungen jetzt noch einmal auf, um auf eine möglicherweise vorhandene Schwäche der Weltsystemtheorie hinzuweisen:

Moderne Staatlichkeit hat sich wesentlich als Nationalstaat ausgeprägt. Diese Nationalstaaten bilden Wallerstein zufolge keine „autonomen Einheiten“. Sie bilden „Glieder eines zwischenstaatlichen Systems im Zusammenhang des kapitalistischen Weltsystems“. In der „Weltsystemanalyse“ rangiert der Staat als ein tragendes Element für das Funktionieren des Systems. Dies nicht nur durch seine ökonomischen Funktionen im Dienste der Kapitalwirtschaft. Die Staaten halten ebenso oppositionelle Bewegungen im Zaum und erhalten die sozialökonomischen Hierarchisierungen und Spaltungen, etwa eine ungleiche Einkommensverteilung und die Diskriminierung der Frauen und Ethnien, welche zur Erhaltung der bestehenden Ordnung beitragen.

Im Gegenzug plädiert Wallerstein für die Implementierung „wahrhaft demokratischer Strukturen“. Es heißt: „Nichts wird funktionieren, wenn die Bevölkerung nicht das Gefühl hat, dass sie wirklich einen beträchtlichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess hat“. Es geht um ein „demokratisches, egalitäres System“, einen Rechts- und Sozialstaat, der die Herausbildung einer Bürokratie bzw. Nomenklatura nicht zulässt, in dem es möglich ist, Ungleichheiten, Diskriminierungen wenigstens im Großen und Ganzen aufzuheben, der individuelle Bewegungsfreiheit garantiert. Marx geht in seinen Skizzen zu dieser „Bewegungsfrei-

heit“ in einer zukünftigen Gesellschaft natürlich weiter, spricht von einer „Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit“ und zukünftigen „freien Entwicklung der Individualitäten“, ihrer schöpferischen „künstlerische(n), wissenschaftliche(n)“ Kräfte in einer neuartigen gesellschaftlichen „Assoziation“. Der Praxisdenker Marx hat die ganze „Totalität der menschlichen Lebensäußerungen“ im Sinn, den „universellen Menschen“. Wallerstein beschränkt sich demgegenüber darauf, mit moderaten Worten und vorsichtigem Optimismus einige elementare Strukturkomponenten der möglichen gelungeneren Gesellschaftlichkeit zu umreißen.

Aber es bleibt die Grundthese, dass ein funktionierendes Staatensystem zu den Existenzbedingungen des darüber übergreifenden Weltsystems gehört. Folgt daraus nicht umgekehrt, dass mit der Aufhebung der Profitwirtschaft auch die nationalstaatliche Verfasstheit der Gesellschaften aufgehoben würde, so dass eine - wie auch immer geartete - entschränkte Weltgesellschaft entsteht? Ist daher eine Umwälzung nur in einem gleichzeitigen Aufbruch auf vielen Terrains und in vielen Nationalstaaten, also im Weltmaßstab möglich? In der „Utopistik“ habe ich keine klare Antwort auf diese Fragen gefunden. Ein Kommentator vermerkte daher: Kann sich Wallerstein „den Sozialismus nur auf Basis einer ‚sozialistischen Weltregierung‘ vorstellen, deren staatliche Strukturen dann im Marxschen Sinne absterben würden“?

Um einer Antwort näher zu kommen, müssen zunächst vereinfachte Auffassungen vom Staat rein als Ausschuss der herrschenden Klasse oder nur als sozialstaatlicher Wundenheiler und Systemstabilisator überwunden werden. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat dazu treffend bemerkt, „dass die Beherrschten ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, insbesondere seines sozialen Gesichtes“: Moderne Staatlichkeit realisiert sich in einem breiten institutionellen Ensemble mit zentralen Steuerungs- und Vermittlungsfunktionen im Zusammenhang des dreistelligen sozial-ökonomischen Reproduktionsprozesses. Mit Blick darauf kann die vage richtunggebende Idee einer Rücknahme des Staates in die Gesellschaft nicht seine gänzliche Auflösung oder Neutralisierung als reine Verwaltungsinstanz bedeuten. Praktisch kann es nur um seine Konstituierung als erweitertes Ensemble demokratischer wirtschafts-gesellschaftlicher Organe gehen. Dabei wird die kommunal verfasste Ebene der urbanen Praxis, unser Leben in städtischen Räumen, eine zentrale Rolle spielen: Diese Praxis stellt den grundlegenden Verdichtungsraum des modernen gesellschaftlichen Lebens dar und bildet zugleich – von den Kindergärten und Schulen über die Stadtverwaltung, den Wohnungs- und Städtebau, die örtliche Medienlandschaft und Kulturproduktion bis hin zu Krankenhäusern und Altenheimen - den maßgeblichen Ort der Realisierung sozialwirtschaftlicher Funktionen:

Statt über eine „Abschaffung“ des „Staates“ zu schwadronieren, sollte besser, wie in Porto Alegre punktuell begonnen, über eine künftige „Kommunalverfassung“ nachgedacht werden. Bei Marx finden sich bereits in der Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ Anspielungen auf das Problem: Er sah in der sich abzeichnenden neuartigen Städte- oder „Kommunalverfassung“ der Pariser Kommune sogar eine „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form“.

Mit alldem zeichnet sich ein neues Bild von dem ab, was man „Wirtschaften“ nennt: Im System der gesellschaftlichen Arbeit und Bedürfnisse verschieben sich die Gewichte von der informationell und technologisch hochgradig automatisierten Industriewirtschaft, die partiell mit dem Weltmarkt verflochten ist, hin zu sozialwirtschaftlichen Diensten, die ihrer Natur nach auf die Reproduktion der allgemeinen Existenzgrundlagen und zivilisatorischer Bedürfnisse von geographisch und sozialräumlich beschränkten und strukturierten, konkreten Gemeinwesen ausgerichtet sind. In dem Maße, indem sich neue politisch-ökonomische Organe der Selbstregulation konstituieren und auf die Konsolidierung des gesamten Prozesses orientieren, kann der Verwertungs-, Akkumulations- und Expansionszwang gebrochen werden und sich die gegebene Wirtschaftsgesellschaft in anderer, gemäßigterer Weise in weltwirtschaftliche Beziehungen eingliedern.

Wieder kann ein Denkbild helfen, das Grundsätzliche zu vergegenwärtigen: Systemisch neu, sozialwirtschaftlich organisierte Gesellschaften schwimmen mit verschiedener Eintauchtiefe im Meer der Weltwirtschaft, organisieren dabei aber ihre integrierte sozial- und industriegewirtschaftliche Reproduktion und ihren Kurs je nach den gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten selbst.

Das Denkbild verweist auf einen schwierigen Punkt hinsichtlich einer konkreten Alternative: Nur über die Lösung der Fragen einer neuen, höheren Reproduktionsordnung und Wirtschaftsrechnung kann man entscheiden, ob und wie es eine Nationalökonomie in Zukunft geben kann oder wie sich das zukünftige Verhältnis zwischen Nationalökonomie und Welt-system bzw. einer Weltgemeinschaft darstellt. In bestimmter Hinsicht sind diese noch nicht hinreichend beantworteten Fragen auch in der europäischen Entwicklung präsent. Oder die Frage ist in der Debatte über die De-Globalisierung im Sinnen Walden Bellos akut. Welches Entwicklungskonzept kann auch an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems einen begehbaren neuen Weg weisen?

Aus meiner Sicht wird die Gesellschaftlichkeit der Zukunft jedenfalls nicht auf einer totalen Entgrenzung des gesellschaftlichen Lebens beruhen. Die entgrenzte „Weltgesellschaft“ ist ein unmenschliches Phantasma. Meiner Ansicht nach werden sich vielmehr, in Gegentendenz zur neoliberalen Globalisierung, mit der Brechung des falschen Internationalismus des kapitalwirtschaftlichen Weltmarkts, praktisch-begrenzte Formbildungen von Gesellschaftlichkeit in Anschluss an die heutigen Nations of the World konstituieren. Diese gesellschaftlichen Assoziationen können sich aufgrund des Bruchs mit der Verwertungsökonomie eine subsidiäre und kommunalistische politisch-ökonomische Struktur im Innern geben, sich zugleich auch in internationale und globale ökonomische Verflechtungen selbstbestimmt und kooperativ eingliedern. Solche inter-nationalen Verbindungen können sich von der kommunalen und regionalen Ebene über kontinentale Verbünde wie Europa bis hin zu einem Ensemble globaler Institutionen mit der UNO an der Spitze erstrecken, es kann kooperative Formen in der ganzen Bandbreite von Städtepartnerschaften bis hin zu Staaten- und Entwicklungsbündnissen geben.

In diesem Sinne wurde in einem Kommentar der Nationalstaat verteidigt: Der Verfasser argumentiert zur zukünftigen „Konstruktion Europas“, dass die Gestaltung Europas „kein Ersatz“ für eine notwendige „Reformierung oder Neubegründung der Nationen“ sein kann, bei der die „Konsolidierung des Wohlfahrtsstaats“ die zentrale Frage darstellt. Der „Text, der Europa seinen politischen Rahmen gibt, (soll) in meinen Augen nach dem Modell einer Charta und nicht nach dem einer Verfassung gedacht werden“.

Die skizzierte neuartige Grundorganisation des Gesellschaftlichen ist politisch-ökonomisch im Konzept der dreigliedrigen Sozialwirtschaft und damit verbundenen Restrukturierung der Wirtschaftsverfassung und staatlichen Organfunktionen fundiert. Dieses Transformationskonzept bedeutet zugleich die Ablehnung jener sozialpathologischen Megastrukturen, die sich als praktischer Reflex der entfesselten Krebsökonomie weltweit herausgebildet haben. Die umrissene Zukunftsperspektive bedeutet, dass das primäre Einsatzfeld des Kampfes für eine politisch-ökonomische Transformation und höhere Zivilisation zunächst die bestehenden konkreten Gesellschaften sind. Deren systemische Transformation, die sich den Diktaten des Weltsystems entgegenstellt, kann und soll durchaus in Angriff genommen werden.

Vierte Zwischenbetrachtung

Marx konnte die Alternative des 21. Jahrhunderts nicht entwickeln, weil zu seiner Zeit die materiellen Bedingungen, das heißt ein entsprechendes transzendierendes Produktivkraftensemble, nicht vorhanden war. Sein rein industriegewirtschaftliches Systemmodell, die darauf zugeschnittene Methodologie der Kritik, seine Konzeption von politischer Revolution sind historisch situiert und limitiert. Dennoch war sein Praxisdenken stets gesellschaftsgeschicht-

lich ganzheitlich und utopistisch gestimmt. Er hat für sich selbst die im Kern treffende kritische Analytik nicht mehr so weit vollendet, dass er die Frage nach der Alternative hätte fundierter behandeln können, wie er wollte. Daher konnte auch die von ihm verfolgte sozialistische Idee nicht viel mehr als einen Vorschein, eine grundsätzliche Richtungsanzeige darstellen.

So gesehen erweist es sich als unkundiges Missverständnis, die sozialphilosophische Reflexionsdimension abzuschneiden und Marx' Beitrag auf eine negatorische Kritik der Kapitalwirtschaft zu reduzieren. Damit wird eine historisch limitierte Problemexposition fixiert und die Wissenschaft der politischen Ökonomie auch weiterhin auf eine negatorische kapital- und krisentheoretische Analytik fixiert. Die traditionelle Kritik hinkte so bereits hinter der Entwicklung des reiferen Kapitalismus, hinter der sozialstaatlichen politisch-ökonomischen Realität des 20. Jahrhunderts hinterher: Auf dieser Grundlage ist es folglich nicht gut möglich, die im 21. Jahrhundert eröffnete Übergangsperiode für emanzipatorische Kräfte zu konzeptualisieren.

5. Die gesellschaftlichen Kräfte und unser Handeln

Zum Schluss der Utopistik-Diskussion kommen wir mit Wallerstein „zu der politischen Frage: Wie gelangen wir dorthin und was können wir in den nächsten 25 bis 50 Jahren tun, um zu einem historischen Gesellschaftssystem zu kommen, das eine höhere ‚materiale Rationalität‘ aufweist?“. „Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen“. „Zum ersten Mal in der bekannten Menschheitsgeschichte“ kann ein System entstehen, in dem mehr Demokratie und Gleichheit verwirklicht werden soll. Kurz: Es geht in dem zukünftigen Ringen um die Errichtung eines „wahrhaft sozialistischen welthistorischen Systems“.

Uns steht dazu eine Konfrontation zwischen den „Privilegierten“ und einer heterogen zusammengesetzten gesellschaftlichen Mehrheit bevor. Die Privilegierten stellen eine „amorphe, ganz unterschiedliche Gruppe von Nutznießern der bestehenden Lage“ dar. Sie sind informierter, reicher und mächtiger als jemals zuvor. Sie haben ein „kollektives Klasseninteresse an gewissen Ergebnissen“, stehen aber auch in Konkurrenz zueinander. Möglicherweise werden sie versuchen „so zu tun, als würde man alles ändern, damit sich nichts ändert“. Vermutlich werden sie eine Rhetorik entfalten, die einen „Großteil der Terminologie der Unzufriedenen integriert“.

Auf der anderen Seite erhebt sich die Frage: „Und wie werden die Unterdrückten in unserem gegenwärtigen System handeln?“. Diese sind in viel stärkerem Maße eine „heterogene, amorphe Gruppe“. Sie verfügen über weniger Macht, Organisation und Reichtum, um einen globalen Kampf zu führen. Dieser wird in verschiedenen Formen stattfinden - offene Gewalt, Wahl- und Gesetzgebungskämpfe, theoretische Debatten, öffentliche Appelle. „Die Polarisierung ist die stärkste, die es jemals gegeben hat“ und die „Machthaber“ werden ihre Privilegien nicht einfach aufgeben. Es wird „eine Periode schrecklicher politischer Kämpfe sein, da es um so viel mehr geht als in so genannten normalen Zeiten“, ja „es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben“.

Es fällt am Ende auf, dass Wallerstein die subjektiven Kräfte einer gesellschaftlichen Umwälzung nicht genauer identifiziert. Weder ist von einer „Klassenanalyse“ im herkömmlichen Sinn die Rede, noch wird etwas im Sinne der „Multitude“, jener marxfern aufgeblähten Superkonstruktion von Hardt und Negri zitiert. Aber im Hinblick auf die Strategie der zu erwartenden Kämpfe wird eindringlich vor der traditionellen Fixierung der systemkritischen Bewegungen auf die Übernahme der Staatsmacht gewarnt: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion war kein Desaster für die Welt-Linke..... Er hat uns kollektiv vom Alp nicht länger sinnvoller leninistischer Strategie und Rhetorik befreit“. Solche Machtübernahme führte in der Vergangenheit zur Einbindung in bestehende Institutionen und damit letztlich zur Stabilisie-

rung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Immerhin wird die Möglichkeit gesehen, dass eine breite politische Opposition entsteht: „Ich kann darüber eigentlich nicht mehr sagen, als dass das Konzept einer Regenbogen-Koalition wahrscheinlich das einzig wirksame ist“ (101).

Die „Regenbogen-Koalition“ gibt einen Denkanstoß, stellt aber natürlich noch kein konkreteres politisches Projekt dar: Um dahin zu gelangen, müssten mit Blick auf die konkrete sozial-ökonomische Praxisformierung als Ganzes und als Übergang genauere Aussagen über das widersprüchliche System der gesellschaftlichen Arbeit, Interessen und Bedürfnisse getroffen werden. Dies aber so, dass sich im gleichen Atemzug der entscheidende Anker deutlicher abzeichnet: Ein transzendierendes Produktivkraftensemble und zunehmend eine sich damit formierende und daraus weiter entwickelbare, beförderbare, realistisch-utopistische, system- und praxistheoretisch fundierte Alternative.

Solange aber noch der Abgrund gähnt, den der Zusammenbruch der vermeintlich sozialistischen Staaten aufgerissen hat, und jenes Zukunftsdunkel weiter währt, das keine Kapitalismuskritik als solche erhellen kann, ist an einen kollektiven Aufbruch in Richtung auf das von Marx so genannte „wahre Gemeinwesen“, ist an eine „politische Revolution mit einer sozialen Seele“ kaum zu denken. Im Hinblick auf die offenen Fragen meint Wallerstein zum Schluss: „Dabei sollte klar sein, dass ich hier kein Programm vorgeschlagen habe, sondern nur einige Elemente, die zu einer Diskussion eines Programms führen sollten, wie man ein material rationales historisches System institutionalisieren und die Übergangsphase durchlaufen könnte, um dorthin zu gelangen“ (101). Und „Wenn wir einmal die Alternativen verstehen, müssen wir bereit sein, uns in einem Kampf zu engagieren, ohne jegliche Garantie dafür, dass wir ihn gewinnen werden“ - „Lasst uns beginnen“!

Anmerkungen (aktualisiert 2013)

Immanuel Wallerstein, geb. 1930, war 1976 bis 2005 Direktor des Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems, and Civilisations (FBC) an der Birmingham University, New York und wirkt heute noch als Senior Research Scholar an der Yale University. Er ist von Marx' Ideen nachhaltig inspiriert und gilt als Begründer der Weltsystemtheorie. Dazu gibt es von ihm, abgesehen von zahlreichen Schriften und Artikeln, ein wirtschaftshistorisches Grundlagenwerk, von dem bisher 4 umfangreiche Bände in deutscher Sprache erschienen sind. Weitere Informationen findet man auf der Webseite von Immanuel Wallerstein www.iwallerstein.com oder auch bei www.praxisphilosophie.de/weltsystem.htm Sehr interessant sind Wallersteins 2xmonatlich erscheinende Commentaries zu Weltereignissen.

Der vorliegende Artikel ist auch als Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010 erschienen und so in Druckform bei VSA erhältlich. Die Seitenangaben beziehen sich auf Wallersteins „Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts“, im Promedia-Verlag, Wien (deutsch 2002). Zum weiteren Studium sei empfohlen: Wallersteins „Die Sozialwissenschaften kaputtdenken. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts“ (deutsch 1995, leider vergriffen). Den aktuellen Stand der philosophisch-ökonomischen Arbeit von Horst Müller: reflektieren: „Das PRAXIS-Konzept und strittige Fragen der Marxinterpretation“, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (SLR) Nr. 66/2013 (angekündigt), online als

http://www.praxisphilosophie.de/mueller_marxinterpretation_grundlagenstreit.pdf sowie der Artikel „Sozialkapitalismus und Systemtransformation“. In: Berliner Debatte Initial 23 (2012) Nr. 3, S. 77-93, online bei <http://www.linksnet.de/de/artikel/29112>.